Hungerstreik 1989

Info 14

19.5.89

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärung der Angehörigen

Bis zum Redaktionsschluß lag uns noch keine Erklärung der Gefangenen zum Hungerstreik-Abbruch vor. Wir Angehörigen möchten aber zu unserer Situation hier draußen etwas sagen.

Mit oder ohne Hungerstreik ist es uns Angehörigen immer ein ganz starkes Bedürfnis gewesen, die Zusammenlegung durchzusetzen. Im Jahr vor dem Hungerstreik haben wir durch vermehrte Öffentlichkeitsaktionen und Veranstaltungen versucht, die Zusammenlegung mehr und mehr zum Thema zu machen. Auch viele andere Gruppen setzten sich mit der Forderung auseinander und wurden, wie die Hafen-Ini, initiativ, z.B. mit Unterschriftensammlungen. Aber erst der Hungerstreik der Gefangenen löste dann eine Flut von Solidarität aus, die in diesem Maße bei vergangenen Streiks nicht vorhanden war. National reichte die Solidarität bis in kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen hinein. International kam die Unterstützung aus den verschiedensten Ländern. Es begannen auch Briefkontakte von politischen Gefangenen hier zu Gefangenen in der Türkei oder den USA. Diese gemeinsame Praxis mit den verschiedensten Gruppen hier und im Ausland war für uns Angehörige eine wunderbare Erfahrung. Diese Unterstützung hat uns die Kraft gegeben, in solch einer für uns sehr schweren Situation durchzuhalten. All diese guten Kontakte möchten wir aufrechterhalten und vertiefen. Das ist uns ein starkes Bedürfnis, nicht nur wegen der Gefangenen, sondern auch, weil es **uns** sehr viel gebracht hat. Auch wenn wir für die Gefangenen nur wenig erreicht haben, so haben wir für uns hier draußen doch viel bessere Bedingungen geschaffen, um weiterhin darauf aufbauen zu können. Deswegen rufen wir alle Gruppen auf, weiter miteinander zu reden und das Erreichte nicht wie eine Seifenblase zerplatzen zu lassen. Wir wollen die Zusammenlegung, und wir können sie durchsetzen, wenn wir weiter auf unsere Kräfte vertrauen. Wir Angehörigen sind glücklich, daß es keine Toten gab, jetzt können wir fröhlicher und voller Power weitermachen. Wir danken allen Menschen, die ihre Solidarität bewiesen haben und weiter beweisen werden.

Die Angehörigen

Erklärungen/Briefe von Gefangenen

Auch wenn die Gefangenen aus RAF und Widerstand den Hungerstreik beendet haben, wollen wir die inzwischen noch eingegangenen, noch nicht veröffentlichten Erklärungen von Gefangenen dokumentieren. Einen Überblick, welche kämpfenden Gefangenen ihren Hungerstreik noch fortsetzen, haben wir bei Redaktionsschluß nicht.

Erklärung von Rolf Hartung

seit heute, dem 8.4., hab ich den hungerstreik wieder aufgenommen und werde ihn erst nach durchsetzung der forderungen beenden. ich will genauer schreiben, wie sich für mich die entscheidung für die zusammenlegung und den streik entwickelt hat.

— weil es mehrere existenzielle schritte, also entwicklungssprünge waren, in denen ich mir die ernsthaftigkeit und offensive haltung zu mir und dem ziel, gemeinsam weiter zu wollen, hierdrin neu erkämpft hab.

— weil es eine politische entscheidung ist, als gefangener aus dem widerstand (und nicht guerilla) den kampf um leben oder tod zu führen. den kampf als und um das eigene leben begreifen. nicht als heroische fahne, sondern die knastrealität an sich ranlassen und neu zu bestimmen.

das eine ist diese objektive schärfe der bedingungen, die dich auf einen bruchteil in allen menschlichen regungen und empfindungen zusammenschnürt und damit über die zeit verkrüppelt. das brutale ist, daß du dieses schleichende verfaulen bewußt mitkriegst. das ist folter. und darauf achten sie ja immer, daß es gegen jede entwicklungmöglichkeit von eigeninitiative und damit gegen leben und dessen politischen ausdruck geht. für jetzt z.b. ist keine gemeinsame prozeßvorbereitung und damit kollektive politische verteidigung möglich, obwohl diese gesinnungsanklage gegen mich quasi den ganzen revolutionären widerstand trifft. damit wollen sie eine gemeinsame entwicklung zwischen uns ‚angeklagten' gefangenen und auch mit den schon starken mobilisierungen gegen den 129a draußen verhindern. aber wenn der blick nur bei den bedingungen hängenbleibt, erschlägt es. für mich



Solidaritätsaktion vor der UNO-Vertretung der BRD in den USA

geht es in dem kampf um meine identität und um den gemeinsamen revolutionären prozeß. den emotionalen und politischen sprung in der konfrontation gegen die bedingungen; in die offensive zu kommen. damit prozeß um befreiung auch hier weitergeht. das war nach der verhaftung so mit ihren antiguerillamethoden gegen widerstand; wo ich das erstmal schlucken und für mich drehen mußte. mit dem streik ist es jetzt der neue schritt: ich will die zähigkeit des eigenen und gemeinsamen prozesses aufbrechen und d.h., daß erstmal wir gefangenen die kommunikation als lebendige realität und wechselwirkung brauchen. das macht uns als menschen aus. und es ist ein bedingter schutz/notwendigkeit gegen ihre strategie der vernichtung, mitten in der maschine. also es gibt nur den weg nach vorne.

wenn du einmal aus diesem tresor hier rausgekrochen bist, gehst du nicht mehr in die isolation zurück. das ist abgeschlossen. eben der bruch mit dem alten. durch die eigene offensive haltung und handlung entsteht eine neue entwicklung/qualität, weil die alten fesseln abgeworfen werden, wo vorher noch die repression viel die situation bestimmt hat. also selber die initiative in die hand bekommen. der streik ist das politische mittel, den bruch mit der isolation zu vollziehen. nur aus der handlung jedes einzelnen entsteht die gruppe, das kollektiv. jede/r denkt, fühlt und handelt. wir graben uns quasi zueinander durch. aus diesen löchern. das ist was ganz wichtiges. wir setzen sie also jetzt schon im streik um und nicht erst, wenn wir uns anfassen können. und im gemeinsamen kampf mit euch draußen schaffen wir uns das neue verhältnis und die bedingungen für kommende diskussionen und entwicklungen. ausdruck einer neuen entwicklung sind alleine schon die verbreiterung der kämpfe und damit ein aufbrechen der alten verknöcherten politikbilder und strukturen.

widerstand ist nicht mehr eine intellektuelle und ideologische frage, sondern wird mehr und mehr zur überlebensfrage des menschen überhaupt. zerstörung der umwelt, hunger, patriarchat, rüstung, hochtechnologien, gentechnik, roboterisierung der arbeit, zerstörung sozialer sicherheiten und strukturen ... — in allen bereichen hat sih dagegen mittlerweile widerstand konsolidiert, um diesen tödlichen kreislauf und gleichzeitig die eigene ohnmacht und perspektivlosigkeit zu durchbrechen. diesen widerstand gibt es, die eigenen authentischen erfahrungen des kampfes, und immer breiter werdende betroffenheit durch repression (u.a. uns gefangene aus dem widerstand) hat den begriff des politischen gefangenen verändert. und damit auch den kämpfenden bezug zueinander. die starken, breiten kämpfe gegen den § 129a, prozesse und ihrer roll back-strategie, sind wichtige ausgangspunkte und haben ihre herrschaftsmauer durch den aufbau eigener neuentstandener strukturen und möglichkeiten politischen wirkens zurückgedrängt. die lähmung durch ihre abschreckung ist aufgebrochen.

die zl ist in dieser entwicklung und bestimmung nichts anderes. sie ist der nächste schritt und als forderung die scharfe machtfrage an den staat, deshalb auch ihre harte haltung. sie ist ein strategisches problem für sie, weil knast bis jetzt immer ihr vollständiges terrain war und sie schiß vor der weiteren politischen dynamik haben, wenn es uns materiell als gruppe gibt. es heißt auch, daß ihre schärfste vernichtungswaffe, die totale, materielle und wahrnehmende verfügungsgewalt durch isohaft, erstmal konkret für uns menschen entschärft und damit auch als waffe der drohung, gegen revolutionären widerstand draußen, die spitze genommen wird. (sie werden natürlich keine gelegenheit auslassen, ein verändertes kräfteverhältnis auszunützen, um die entwicklung zurückzurollen bzw. zusagen nicht einzuhalten.) es ist ein ausdruck dieser metropolengesellschaft, daß hier in der brd diese folter 18 jahre lang akzeptiert und damit legitimiert wurde. diese drekkige entfremdung, vereinzelung und abstumpfung der menschen macht es möglich, daß totes und abstraktes, wie fernseher, zeitungen, zurechtgestutztes, für die zensur zulässige gedanken und gefühle auf papier gequetscht (= briefe) und panzerglas und zensur zwischen uns menschen (= zwei stunden besuch im monat) als human und **kommunikation** propagiert werden kann. das ist maschine und kein menschliches leben (lebendigkeit), weil der mensch ausgetauscht bzw. entfernt wird. sowas wie fernseher, kühlschrank ... (was es nur bei den wenigsten gibt) ist nichts anderes wie mobiliar in einem sarg oder eben zuckerguß über dem giftberg — für die öffentlichkeit. also isolation quasi als normalzustand (und als bewährte „exportwaffe" in die ganze welt). deshalb kann sie jetzt auch gegen viele anderen gefangenen als waffe eingesetzt werden. das zeigt auch, mit welcher schärfe sie **hier** durchbrochen werden muß. weil isolation ein für allemal als unmenschlich, als zerstörung des menschlichen überhaupt, in der breiten gesellschaft begriffen werden muß. auch als psychologisch ausgefeilte version im „normalvollzug". das muß der neue boden sein, von dem aus es weitergeht.

es gibt keine alternative zum menschenrecht!

— zl aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppen, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen. zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen.
— freilassung der haftunfähigen gefangenen: günter sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder.
— freie medizinische versorgung ohne staatsschutzkontrolle für alle gefangenen.
— freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen.

solidarität mit allen kämpfenden gefangenen!
rolf hartung, gefangener aus dem widerstand

Erklärung von Heike Habel

... ich bin seit dem 24.4.89 politische gefangene im lübecker frauenknast. ich befinde mich in u-haft und im sogenannten „normalvollzug". mir werfen sie im zusammenhang mit behinderungen von atommülltransporten auf der autobahn im november 87 u.a. gefährlichen eingriff und gefährdung des straßenverkehrs vor. dabei haben sie sich konstrukte zusammengezimmert. einen prozeßtermin gab es im märz, zu dem ich aus meinem selbstverständnis heraus nicht hingegangen bin. der neue ist auf den 29.5. im amtsgericht festgesetzt.

seit anfang des jahres haben gabi, hanna und christine die möglichkeit, zusammen mit den strafgefangenen hofgang zu machen. während des hofgangs am 27.4. konnten christine und ich uns umarmen und immer mal wieder kurz miteinander reden. den drei frauen geht es gut. sie haben — automatisch — sofort darauf reagiert. ich wurde zwangsverlegt auf die andere seite. vorher ging das zellenfenster zu dem hof raus. und am nächsten morgen einzelduschen, was angeblich ein mißverständnis und am darauffolgenden morgen dann auch wieder anders war. na, und dann noch das schlechter greifbare. ich bin immer noch nicht geröntgt (was anderes läuft nicht, hab mich dem verweigert). normalerweise läuft das so in 1-2 wochen. bei mir ist die 2. woche jetzt rum. was für mich bedeutet: außer morgens kurz gemeinschaftsduschen und die eine stunde hofgang am tag (die sie bei regen bis jetzt auch noch ausfallen gelassen haben) den ganzen tag allein in der zelle. seit dem 27.4. habe ich die drei frauen noch nicht wieder gesehen, und sie geben sich die größte mühe, daß das auch nicht mehr passiert, also kein hofgang mehr neben den strafgefangenen. und wenn das so ist, dann ist klar, daß die gefangenen aus der raf heute keinen hofgang mit den strafgefangenen machen. daß sie nach mir gerade zu dem zeitpunkt verstärkt gefahndet haben und mich dann auch schnappten, ist kein zufall. am 20.4. holten sie edzard mit 'nem haftbefehl aus dem bett. bei ihm gehts um ersatzhaft, 55 tagessätze, im zusammenhang mit raketenblockaden im hunsrück. über'n halbes jahr hatte er nichts mehr davon gehört. aus seinem selbstverständnis ist klar, daß er nicht bezahlt. er sitzt jetzt in nordenham. zwei frauen bekamen zu dem zeitpunkt androhungen von erzwingungshaft im zusammenhang mit bußgeldern. den hintergrund dieser angriffe auf uns sehen wir in der solidaritätsarbeit und dem kampf zum hungerstreik, der gerade in oldenburg anfing zu laufen und, wie ich weiß, auch weiter läuft. auch ich bin teil dieses kampfes, erst draußen und jetzt drinnen.

ich gehe ab heute, den 10.5., mit in den hungerstreik. die forderungen der gefangenen aus guerilla und widerstand sind auch die meinen. machen wir aus der langen kette eine unendliche ... aus dem kampf einen starken. zusammen sind wir stark. ich grüße die gefangenen frauen aus der plötze. ich solidarisiere mich mit ihnen und unterstütze ihre forderungen. ganz liebe grüße und ganz viel power, an alle die kämpfen — drinnen und draußen. **solidarität ist eine waffe! zusammenlegung jetzt!**

Heike Habel aus Oldenburg i. Oldbg., z.Zt. JVA Lübeck

Brief einer Frau aus der Plötze

wir hoffen, daß da draußen mittlerweile niemand mehr glaubt, dieser rot-grüne korrumpierte haufen, mit seinen ko(koalition) papieren, würde uns auch nur irgendwas schenken, was wir nicht erkämpfen müssen! es ist unglaublich, da wagt es ein momper, ein kleines nichts, das sich über den hungerstreik profiliert hat, sich hinzustellen und der linken mit einem cdu/rep-senat zu drohen, falls sie nicht die füße stillhält, damit sie sich breit machen können, und beweist doch gleichzeitig, daß es uns wirklich scheißegal sein kann, mit welchem farbgemisch uns die augen zugeschmiert werden soll. das einzig gute ist, daß

viele langsam rot sehen müssen, selbst aus ihren eigenen reihen. sie haben nur 4 wochen gebraucht, um ihre koalitionsvereinbarungen, die so schon seicht genug waren, auf allen ebenen offen zu verraten. sie haben geräumt und abgeschoben, sie lecken bush die füße und treten uns in den arsch. da wagt sich ne renate kühnast vor die fernsehkamera und meint, die antifaschistischen schutztruppen wären kontraproduktiv, gewalt könne nicht mit gegengewalt beantwortet werden, während sich kleine kinder und ausländische jugendliche wieder in treppenhäusern verstecken sollen, weil sie drohbriefe kriegen und angst haben, zur schule zu gehen, da sagt sie klipp und klar im radio, unsere forderungen nach selbstbestimmten zusammenlegungen könnten gar nicht in unserem interesse sein, die würden das „prinzip unterlaufen", verschiedene deliktgruppen würden unterschiedlichen sicherheitsbestimmungen unterliegen, die andere dann mittragen müßten, das wäre schon allein vollzugstechnisch nicht möglich. das ist geradezu menschenverachtend!

vor der veranstaltung in der tu war sie damals bloß hier, weil ihr ihr druck gemacht habt, weil sie blöde dagestanden hätte. auf der veranstaltung dann hat sie euch dreist angelogen. es war nicht das mindeste anzeichen von verhandlungen mit uns in sicht! hier erzählte sie uns, alles, was wir wollen, wollten sie ja auch, sogar noch viel mehr, innerhalb von vier jahren sollten sowieso alle frauen hier raus, stattdessen wirtschaftsverbrecher rein. postzensur, bücher und kurse, das ließe sich gleich telefonisch klären, abändern, den zusammenschluß hätten wir ja auch so zurückgekriegt (der ließe sich gut verkaufen, sagte sie damals wörtlich), alles andere, offene türen innerhalb der häuser, da sehe sie auch kein problem, alles andere, da müsse man sehen . . . den sprung von „einer gesellschaft ohne knäste" bis zu ihren verlogenen koalitionsvereinbarungen haben sie ja schon mühelos geschafft. ein katzensprung, zwischen dem in wirklichkeit welten liegen. die vereinbarungen, die sie uns hier wie honig ums maul schmieren wollte, als wären wir nicht schon immer von allen seiten übers ohr gehauen worden, als wär die plötze nicht unter der spd geplant und gebaut worden, sollten heißen, offener vollzug innerhalb von 4 jahren. mit offenem vollzug waren freigängeranstalten gemeint (die kleinkriminellen sollten tagsüber draußen schubbern gehn und abends freiwillig zurückgehen, um dann auch noch von ihrem sauerverdienten die haftkosten abzudrücken). „offener vollzug", das sagen sie inzwischen deutlich genug, fängt bei ihnen jetzt schon bei den offenen zellen und stationstüren an und bei selbstbestimmten zusammenlegungen innerhalb offener häuser, und selbst die sind, wie flügge meint, „schlichtweg unrealistisch", die koalitionsvereinbarungen könnten im übrigen nicht mit hungerstreiks eingeklagt werden (unser forderungskatalogs — der bei weitem noch unter ihren vereinbarungen für die nächsten 4 jahre liegt — brauche „ja 10 jahre").

es ist der blanke hohn, wenn ein herr flügge auf einer pressekonferenz sagt, „die anstaltsleitung werde aber selbstverständlich die einzelhaftbedingungen der frauen und deren möglichkeit zur teilnahme an sportveranstaltungen angucken, allerdings sei die bereitschaft der gefangenen zu einer konstruktiven zusammenarbeit auch nicht besonders groß gewesen". flügge besitzt die frechheit, auf eine anstaltsleitung zu verweisen, die sich seit regierungsübernahme nur noch verschärfter austobt, uns selbst die letzten möglichkeiten, in kursen zusammenzukommen, noch nahm. letzte woche selbst den tischtenniskurs noch in 2 gruppen aufteilte und willkürlich namen von der liste strich. dieselbe anstaltsleitung, die uns vor kurzem noch ironisch dümmlich mitteilte, die sportkurse würden jetzt besser denn je funktionieren, seitdem die frauen, die reden wollen, nicht mehr kämen, dieselbe anstaltsleitung, die uns sofort nach beginn des bundesweiten hungerstreiks den zusammenschluß mit gabi und angelika platt machte. dieselbe anstaltsleitung unter demselben sicherheitsbeauftragten, der meinte, solange hier noch ein terroristischer gewalttäter am hungern wäre, würde er keine zusammenschlüsse mehr zulassen. die gleiche anstaltsleitung, die uns seit hungerstreikbeginn unter einem irrwitzigen personalaufwand über 3 verschiedene aufgänge zum hofgang schließt, um uns das letzte bißchen sicht- und rufkontakt, ein paar meter nur, zu rauben. diese anstaltsleitung soll sich die von ihr angeordneten haftverschärfungen jetzt angucken. das ist schon mehr als zynisch!

sollen sie in flammen aufgehen, die koalitionspapiere, wir weinen ihnen keine träne nach. wir fordern auch nicht ihre einlösung, wir fordern, was uns zusteht!

Die 7 Frauen aus der Plötze setzen nach jüngsten Meldungen ihren Hungerstreik fort. Seit dem 11.5. kamen hinzu: Carola Stöhr, Angela Mahmood und Regina Fröschke.

Aktuelles aus den Knästen

Bruchsal. 10.5.89, Verfügung des Stellvertr. Anstaltsleiters Dresel, betr. Besuche von Fr. F. am 11.5. und Fr. L. am 18.5.89. Der Gefangene kann in der gegenwärtigen zugespitzten Phase des Hungerstreiks nur noch von nahen Angehörigen und seinen Verteidigern besucht werden. Die Besuchsgenehmigungen für den 11.5. und 18.5. werden hiermit widerrufen. Der Gefangene wird gebeten, zur Benachrichtigung von Fr. F. die Telefonnummer zur Verfügung zu stellen, da die schriftliche Benachrichtigung Fr. F. möglicherweise nicht mehr erreicht.

Frankfurt-Preungesheim. Rosi Srisawasdi setzt ihren Hungerstreik fort. Nach wie vor bekommt sie nicht die Möglichkeit, sich von einem Arzt bzw. einer Ärztin ihres Vertrauens untersuchen zu lassen.

Bielefeld/Fröndenberg. Christoph von Hören ist am 16.5. **wieder** ins Justizvollzugskrankenhaus verlegt worden. Es reicht jetzt! Christoph muß endlich raus und von einem Lungenfacharzt untersucht und behandelt werden.

Stammheim. Thomas Brunner, der am 15.4. in den Hungerstreik getreten ist, bekommt nicht die Menge Vitamintabletten (2 Stück), die ihm zusteht und die auch die anderen hungerstreikenden Gefangenen bekommen. Das Hungerstreikbüro Karlsruhe hat den Anstaltsleiter per Telegramm aufgefordert, ihm sofort die Tabletten auszuhändigen.

Rheinbach. Heinz Günter Funk wurde während seines Hungerstreiks von der JVA-Verwaltung aufgefordert, zum Streuselkuchenbacken in der Bäckerei zu arbeiten. Außerdem sollte er ein Dokument unterzeichnen und damit sein Einverständnis geben, daß im Falle von akuter Lebensgefahr und wenn er seinen freien Willen nicht mehr äußern kann, ärztliche Zwangsmaßnahmen wie Zwangsernährung durchgeführt werden.

Solidarität Inland

Erklärungen, Grüße, Solidarität:

- 15. Jugendkonferenz der IG Metall. Sie nahm einen Initiativantrag an, mit dem sie sich mit der Forderung nach Zusammenlegung solidarisiert.
- Vollversammlung der Fachschaft Psychologie an der Ruhr-Universität Bochum
- 90 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Thalia-Theaters in Hamburg. Sie schrieben in einem Offenen Brief an die Länderjustizminister: „Wir appellieren an Sie, Ihre Verantwortung für Menschenleben — innerhalb und außerhalb des Strafvollzugs — wahrzunehmen."
- Fachschaft Psychologie an der Universität München. Sie unterstützt die Resolution des 2. bundesweiten Psychologiekongresses in Bremen vom 19.-23.4.89 und erklärt: „. . . Der Kampf der Gefangenen richtet sich gegen die menschenvernichtenden Haftbedingungen, denen sie ausgesetzt sind. Die Isolationshaft zerstört die Persönlichkeit von Menschen und ist weltweit als weiße Folter geächtet. Die BRD erweist sich als Staat, in dem die Folter politische Praxis ist. Die Würde des Menschen ist antastbar! Durch den systematischen Einsatz von sensorischer und perzeptueller Deprivation als weitestgehehendem Reizentzug bzw. Reizverfälschung, Trennscheibe, Dauerüberwachung, Zensur von Post, Büchern, Zeitschriften, UKW, Einzelhofgang, Nacktkontrollen, keine freie ÄrztInnenauswahl . . . soll die Identität der Gefangenen gebrochen werden. An Entwicklung der ‚wissenschaftlichen' Grundlagen, deren Umsetzung und Anwendung dieser Foltermethoden sind PsychologInnen wesentlich beteiligt. Sie sind so mitverantwortlich! . . . Wir unterstützen auch die Forderungen der hungerstreikenden sog. ‚sozialen' Gefangenen im Normalvollzug. München, 9.5., einstimmig angenommen."
- Ca. 60 TeilnehmerInnen einer Informationsveranstaltung der Fachschaft Jura mit Rolf Gössner in der Universität Bielefeld, 8.5. Sie unterstützen die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen, fordern die Freilassung von Ingrid Strobl und die Abschaffung des § 129a und anläßlich des bevorstehenden Prozesses gegen die kurdischen Gefangenen in der BRD die Einstellung aller Verfahren gegen die kurdischen Revolutionäre und ihre Freilassung.
- TeilnehmerInnen des El Salvador-Bundestreffens

Aufrufe und Appelle von MedizinerInnen und PsychologInnen

Westberlin. Offener Brief von 295 Beschäftigten im Gesundheitsbereich, darunter 90 ÄrztInnen/ZahnärztInnen, 78 Krankenschwestern/-pfleger, ArzthelferInnen, 87 MedizinstudentInnen und 10 ApothekerInnen, an den Bundesminister der Justiz und an die Justizminister der Länder (9.5.): „Seit dem 1.2.89 sind die Gefangenen der RAF und anderen Gruppen im Hungerstreik für ihre Zusammenlegung. Besonders bei den Gefangenen, die am längsten daran teilnehmen ... ist in Kürze mit einer lebensgefährlichen Verschlechterung zu rechnen. Wir wollen nicht warten, bis einzelne Gefangene ins Koma fallen und gegen ihren Willen von uns versorgt werden sollen. Wir verwahren uns gegen den Versuch, die Auseinandersetzung zwischen den Gefangenen und dem Staat in den medizinischen Bereich zu verlagern.

Aus der Auseinandersetzung mit dem Nazi-Faschismus wissen wir, an welchen Verbrechen gegen die Menschlichkeit sich ÄrztInnen und PflegerInnen beteiligt haben. Es kann in diesem Konflikt nur eine politische und keine „medizinische" Lösung geben. Deshalb fordern wir Sie auf, umgehend die Forderung der Gefangenen zu erfüllen ... Trotz Verhandlungsbereitschaft der Gefangenen gab es bisher von verantwortlicher Seite keine konkreten Angebote. Die Zeit drängt."

Dem „Volksblatt" vom 4.5. zufolge hat der Personalrat des Krankenhausbetriebs von Neukölln die Rücknahme der Zusage an den Senat verlangt, ärztliches und Pflegepersonal für die Zwangsernährung der sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen in den Westberliner Vollzugsanstalten bereitzustellen.

Hamburg. PsychologInnen zur Isolations-Haft, 24.4.: „... Der hohe Einsatz, mit dem dieser Kampf von den Gefangenen geführt wird, wird von uns als unmißverständlicher Hinweis auf die Unerträglichkeit ihrer Haftbedingungen verstanden. Eine genaue Auseinandersetzung mit den Details dieser Haftbedingungen — die in den meisten Medien systematisch einseitig und verfälscht dargestellt werden — fordert insbesondere von der Berufsgruppe der PsychologInnen und anderen Berufsgruppen aus dem psychosozialen Bereich eine deutliche Stellungnahme. Als PsychologInnen sind uns die Folgen von sozialer Isolation und von Reizentzug bekannt, entweder, weil wir als WissenschaftlerInnen diese Phänomene aus der Literatur kennen oder weil wir als TherapeutInnen, BeraterInnen o.ä. die Folgen aus anderen Zusammenhängen kennen. Aus der wissenschaftlichen Literatur und aus Berichten von Inhaftierten sind als Folgen sozialer Isolation eine Fülle von psychosomatischen Beschwerden bekannt, wie z.B. Schlafstörungen und Depressionen, Kopfschmerzen und Reizbarkeit, Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen usw., die sich bei extremer Isolation bis zu psychotischen Symptomen steigern können. Werden darüber hinaus noch sinnliche Wahrnehmungen verhindert (= sensorische und perzeptive Deprivation), so treten weitere Störungen auf bzw. vorhandene Störungen werden weiter verstärkt. Neben Konzentrations- und Denkstörungen, hochgradiger Unruhe, Reizbarkeit und halluzinatorischen Phänomenen treten schwerwiegende körperliche Veränderungen auf wie z.B. Gewichtsabnahme, Ausbleiben der Regel, Herzkreislaufbeschwerden usw. Erschwerend für die Inhaftierten kommt hinzu, daß diese Störungen nicht mit Beendigung der Haftbedingungen wieder verschwinden, sondern langandauernde Schäden zur Folge haben, die u.U. nicht reversibel sind.

Wir fühlen uns verpflichtet, die Tabuisierung dieses Themas zu durchbrechen und als Berufsgruppe auf die Unmenschlichkeit der Haftbedingungen und ihre zerstörerischen Folgen hinzuweisen und die Forderung der politischen Gefangenen nach menschenwürdigen Haftbedingungen zu unterstützen. Wir wollen nicht dulden, daß schon das Eintreten für Menschenwürde (auch in der Haft) kriminalisiert wird und das Schweigen zu eklatanten Mißständen als Wohlverhalten bewertet wird. Die Haftbedingungen sind zwar nicht für alle politischen Gefangenen einheitlich, aber für fast alle gilt, daß sie weitgehender sozialer Isolation unterliegen, und viele waren über längere Zeit einem weitgehenden Reizentzug ausgesetzt. Auch wenn diese Maßnahmen mit Argumenten für die Sicherheit begründet werden, müssen wir den Verantwortlichen vorwerfen, daß sie die zerstörerische Wirkung dieser Haftbedingungen bewußt in Kauf nehmen oder sie sogar als Mittel zur Reglementierung oder Brechung der Gefangenen einzusetzen bereit sind. Wir plädieren jedoch nicht nur für eine Beendigung der sozialen Isolation und des Reizentzugs, sondern wir unterstützen auch die Forderung nach Zusammenlegung in große Gruppen ... (taz, 13.5., 79 Unterschriften)

Internationale Solidarität

Besetzung des EG-Büros in Brüssel

Am Donnerstag, den 11.5., um 12.15 Uhr haben 53 Menschen aus Dänemark, Niederlande, Schweiz und BRD das EG-Büro der Direktion Generale III der Europäischen Kommission für industrielle Entwicklung in Brüssel besetzt, um der Erfüllung der Forderungen der Gefangenen im Hungerstreik in der BRD und Frankreich massiv Nachdruck zu verleihen. Zum Ablauf: Alle im Büro arbeitenden Leute wurden schnell rausgebracht, Türen versperrt. An den Fenstern hingen Transparente (zweisprachig): „Gegen die Rekonstruktion des Kapitals in Westeuropa und seine faschistische Kontinuität", (viersprachig) „Zusammen kämpfen — Zusammenlegung". Aus den Fenstern wurden die Erklärungen und eine kurze Presseerklärung (dreisprachig) geworfen und der Text verlesen. Der Platz vor dem EG-Büro wurde nach und nach weiträumig abgesperrt, Katastrophenalarm wurde ausgelöst und niemand mehr rangelassen. Um ca. 15.30 Uhr stürmte die belgische Spezialeinheit DIANE das Gebäude über ein Flachdach und drang durch die verbarrikadierten Türen ein. Alle BesetzerInnen wurden gefesselt mit Plastikhandschellen abtransportiert und dann brutal ed-behandelt. Bis auf 7 wurden alle kurz vor Ablauf der 24 Stunden-Frist am Freitag nachmittag freigelassen; sie mußten Belgien bis zum Abend verlassen haben. Nachdem die Besetzung bekannt wurde, liefen mehrere Solidaritätsaktionen parallel dazu. Zum Beispiel wurde in Kopenhagen eine Tageszeitung besetzt, in Aarhus kurzzeitig das BRD-Konsulat.

Am 16.5. haben die 7 Festgenommenen (6 aus der BRD und ein Holländer) Haftprüfungstermin. Die drei Männer sind voneinander isoliert, von den Frauen wissen wir es noch nicht. Die drei Männer und zwei von den Frauen sind am Samstag in den Hungerstreik getreten, um zusammengelegt zu werden. Nachfolgend nun die Erklärung zu der Besetzung:

Gegen das Vereinigte Europa des Kapitals

Wir, Menschen aus der Schweiz, den Niederlanden, der BRD und Dänemark, aus verschiedenen politischen Strukturen, besetzen heute, 11.5.89, das Generaldirektorat III in Brüssel. Das Generaldirektorat III ist ein Teil der EG, welches die Planung und Forschung für den internen Markt leitet und innerhalb der EG verantwortlich ist für die industrielle Zusammenarbeit in den Bereichen Textil-, Autoindustrie, Medizin und Ernährung. Das ist ein Glied im Zustandekommen des vereinigten Europas des Kapitals. Wir wollen mit dieser Aktion unsere Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen in der BRD und Frankreich für Zusammenlegung Ausdruck geben. Heute ist der 72. Tag, daß Gabi und Rolf in der BRD im unbefristeten Hungerstreik sind. Dabei dürfen auch nicht die 14 Tage vom 1.2. bis zum 15.2.89 vergessen werden: die Periode, in der alle Gefangenen die Hungerstreikkette begonnen haben. Mit einer Unterbrechung von 14 Tagen sind Gabi und Rolf nun 86 Tage im Hungerstreik, um die Forderungen der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand zu realisieren/durchzusetzen. Heute ist der 100. Tag seit Beginn des Hungerstreiks in der BRD, inzwischen haben sich viele andere Gefangene angeschlossen. Aus Solidarität mit den Gefangenen aus RAF und Widerstand, aber auch mit eigenen Forderungen, die entstanden sind aus den jeweilig eigenen spezifischen Situationen. Spezifisch an ihrer Situation ist, daß sie einem Knastsystem nach europäischem Modell ausgeliefert sind. Ein Modell, in dem Gruppenisolation und Manipulation die Regel ist, eine deutsche Entwicklung, die wir in den neuen niederländischen, dänischen und Schweizer Knästen wiederfinden. Es ist der 10. Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD, und es ging stets um dasselbe: Kollektivität ihrem Projekt der Vernichtung der politischen Identität durch Isolationsfolter gegenüberzustellen. Dies ist gleichzeitig ein Hungerstreik in einer langen Reihe, geführt durch die politischen Gefangenen in verschiedenen westeuropäischen Ländern. Ein Ausschnitt hieraus: Nord-Irland 1981, Italien '86, Spanien '86, Frankreich '87, Belgien '88.

Die politischen Gefangenen in Frankreich aus der AD (Action Directe — Red.) sind seit dem 20.4.89 im Hungerstreik. Sie fordern Anerkennung des Status als politische Gefangene. Eine Position, die sie mit einem früheren Hungerstreik durchgesetzt haben und die seitdem ständigen Angriffen durch den französischen Staat ausgesetzt ist. Ebenso kämpfen sie gegen die Isolationsfolter und für die Zusammenlegung. Seit Beginn des Hungerstreiks ist in der BRD eine breite Un-

terstützung der Forderungen der Gefangenen entstanden, das brachte aber bis heute keine Bewegung in die „harte Haltung" des Staates. Zustande kamen nur allerlei Scheinangebote und Scheinlösungen wie die Kleingruppenisolation, alles keine neuen Sachen. Hier geht es nicht um die Haltung eines Staates gegenüber den politischen Gefangenen, sondern hier geht es um ein koordiniertes europäisches Programm zur Vernichtung der Identität der politischen und kämpfenden Gefangenen. Durch die Isolationsfolter sollen sie psychisch wie physisch vernichtet werden oder zum Abschwören und öffentlichen Abrücken von ihren politischen Ideen und Praktiken gezwungen werden. Zusammen mit den Gefangenen geht es uns um den Kampf gegen diese Entwicklung. Wir denken, daß die beste Form der Solidarität mit den Gefangenen die Fortsetzung des Kampfes draußen ist. Ein Kampf um die Befreiung von den destruktiven Lebensbedingungen unter imperialistischen und patriarchalen Bedingungen.

Wichtig für uns ist die Arbeit an den Verbindungen zwischen den kämpfenden Gruppen in Westeuropa, das Ausbauen der Solidarität untereinander, das Kreieren von Räumen für solidarische kritische Diskussionen und das Suchen nach Wegen, um unsere Kräfte zu bündeln. Diese Besetzung ist für uns darin ein Schritt. Wir haben Kraft entwickelt in den verschiedenen Strukturen, durch das Besetzen von Häusern, durch die Arbeit in den Vierteln, durch die Organisierung von uns Frauen, durch internationale Solidarität. In der Vergangenheit haben wir auf diesen Terrains auch gemeinsam Erfahrungen gesammelt, z.B. in dem Kampf um die Häuser in der Hafenstraße, in der IWF-Kampagne und im Kampf gegen die Apartheid. Die Erfahrungen haben uns stärker gemacht und die abstrakte Analyse über die Entwicklung eines starken Internationalismus greifbar und dadurch subjektiv spürbar gemacht. Wir sind nicht länger mit parallelen Entwicklungen unseres Kampfes zufrieden, sondern wollen eine gemeinsame. Daß wir nun hier zusammen kämpfen, wird auch möglich durch den Hungerstreik der kämpfenden Gefangenen. Ihre Entschlossenheit mobilisiert und inspiriert uns jetzt, unsere Kräfte praktisch und inhaltlich zu bündeln. Wir wollen von unseren jeweiligen Erfahrungen im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben voneinander lernen und haben aus diesem Bewußtsein heraus die Notwendigkeit erkannt, ein reales Gegengewicht zu schaffen gegen das Zustandekommen des vereinigten Europas des Kapitals. Was den Nazis 1933 nicht geglückt ist, das Kreieren eines politischen und ökonomischen „Großraums Europa", wird nun verwirklicht durch die Multinationals im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt 1992 und den vereinigten Staaten von Europa. Die Konzentration von Kapital und Gewinn liquidiert jegliche Mitbestimmung der Bevölkerung, liquidiert ihre eigenen Errungenschaften der französischen Revolution zusammen mit der Liquidierung der Volkssouveränität. Die vereinigten Staaten Europas sind eine technokratische Diktatur, die nur noch reguliert und ausführt, eine unkontrollierte Exekutivmacht. Sie haben diesen monolithischen Machtblock nötig, um ihre Krise noch einmal in den Griff zu bekommen, um den Druck der Befreiungsbewegungen im Trikont, den Widerstand in den Metropolen und den voraussehbaren sozialen Explosionen widerstehen zu können. Ein monolithischer Machtblock, der auf allen Ebenen die Kontinuität des Faschismus wiederspiegelt. Sie haben ein ausgeklügeltes, verschleiertes System entwickelt, wobei die Verantwortlichen ihrer politischen Maßnahmen unmöglich zu finden sind. In den verschiedenen Projekten, wie z.B. der Sozialpolitik, der Asylpolitik und der Bevölkerungspolitik, werden die faschistischen Momente in allen Konsequenzen deutlich; über verschiedene geheime internationale Treffen, wie TREVI und das Schengen-Abkommen, wird eine verschärfte Kontrolle und BeHERRschung der Bevölkerung durchgesetzt. Das alles ohne den Versuch zu machen, den Mythos einer parlamentarischen Demokratie aufrechtzuerhalten. So eilig haben sie es, so tief ist ihre Krise.

Konkret hat dies alles zur Folge, daß die Grenzen für Flüchtlinge aus dem Trikont mehr und mehr geschlossen werden, daß Justiz und Polizei der unterschiedlichen Länder mehr und mehr Befugnisse in die Hände bekommen, um den Widerstand zu zerschlagen, und daß interne Feindbilder produziert werden, um die Maßnahmen vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Manchmal heißt der Feind „Scheinasylant/in", manchmal „Terrorist/in", „Drogenabhängige/r", aber auch „Arbeitslose/r". Die faschistische Kontinuität von einem vereinigten Europa des Kapitals wird für uns auch deutlich am Beispiel der Bevölkerungspolitik. Wie in den 30er Jahren wird der Geburtenrückgang in den westlichen Ländern zum erstrangigen Problem auf der politischen Tagesordnung gemacht, die Notwendigkeit einer Politik der Geburtensteigerung stellen sie in den Zusammenhang mit einem möglichen europäischen (also weißen) Arbeitskräftemangel in der Zukunft, der Verhinderung neuer Migrationsbewegungen und der Gefahr einer geschwächten Position Europas in der Welt. Kern dieser Politik ist ein europäischer Nationalismus, eine rassistische Ausgrenzung aus dem europäischen Territorium für alle Menschen, die anders, sprich: farbig sind. Ein europäisches System der Apartheid. Sie befürchten eine demographische Zeitbombe. Bevölkerungspolitik bedeutet immer die totale Kontrolle über das Leben und den Körper der Frau. In den westlichen Ländern sollen Frauen mehr Kinder bekommen. Dazu werden Frauen jetzt schon in Ländern wie der BRD, Frankreich, Luxemburg und Österreich durch Geburtenprämien, Kredite und Steuerermäßigungen, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub angehalten/angeregt. Dem gegenüber stehen geburtensenkende Programme, die den Ländern des Trikont durch IWF und Weltbank auferlegt werden. Für die Frauen dort bedeutet das: Zwangssterilisation und gesundheitsgefährdende Verhütungsmittel. Gleichzeitg ist die Entwicklung innerhalb der offiziellen Ökonomie so, daß von immer weniger Menschen mehr Arbeit geleistet werden muß; im Sektor der Schwarzarbeit, daß immer mehr Menschen für immer weniger Lohn arbeiten müssen. Von der geplanten Geburtenwelle kleiner, weißer Europäer wird 1/3 dieser Kinder für das Kapital überflüssig sein, was jetzt schon für ihre Eltern gilt. Das sogenannte soziale Europa zeigt jetzt sein wahres Gesicht von Disziplinierung und Kontrolle in den verschiedenen Ländern.

Das vereinigte Europa wird den Klassenwiderspruch noch weiter vertiefen und verschärfen. Das ist die permanente Drohung von sozialen Explosionen, die einen der Gründe für die Steigerung der Repression auf europäischer Ebene darstellt. Das Vorhandensein von Widerstand in den Metropolen und die oben erwähnten sozialen und demographischen Zeitbomben sind für das Europa des Kapitals die wichtigsten Gründe, um zu einer Gleichschaltung der repressiven Gesetzgebung zu kommen. Dieser Gleichschaltung des „Europäischen Rechtsraums" dient das „Modell Deutschland" als Vorbild. Der Paragraph 129a als vielseitige Waffe gegen den Widerstand, als eine Ermächtigung für die weiße (Isolations-)Folter, Vernichtung und Isolation in den Knästen, und als „Gesinnungsparagraph" gegen jeden Versuch, ein selbstbestimmtes Leben zu entwickeln. In allen europäischen Staaten wird das gleiche Instrument entwickelt. Portugal hat ihn beinah wörtlich von der BRD übernommen, was übrigens auch Voraussetzung für die Aufnahme in die EG war. In den Niederlanden wurde eine Variante des Paragraphen 129a forciert eingeführt. In der Vereinheitlichung des europäischen Rechtsraumes werden nicht nur die Gesetze gleichgeschaltet, sondern auch der Repressionsapparat. Die Polizeien bekommen immer mehr Möglichkeiten, um gesammelte Daten auszutauschen und über die Grenzen hinweg aktiv zu werden. Die Fahndung ist international organisiert über gleichgeschaltete Datenbanken, welche die Daten aller „internen Feinde" gespeichert haben. Wie sich das vereinigte Europa entwickeln soll, wird am Beispiel der „Antifolterkonvention" des Europarates deutlich. Auf Antrag der BRD und Englands wird dieser letzte Schutz von Menschen in den Knästen zu einem wertlosen Stück Papier. Die BRD hat der Konvention die wesentlichen Elemente der tatsächlichen Kontrolle entzogen, so daß sie inhaltslos geworden ist. Die Kontrolle muß vorher angekündigt werden; die Kontrollkommission ist zusammengestellt aus Sachverständigen (Gefängnisdirektoren, Justizbeamten usw.), das bedeutet, daß die Kontrolleure sich selbst kontrollieren. Ferner haben die BRD und England den Artikel 9 eingeführt. Dieser beinhaltet, daß bei folgenden Punkten keine Kontrollbesuche zugestanden werden: Sicherheitsfragen, Gesundheitsfragen, bei dringender „Verhörnotwendigkeit", bei Unruhe in den Knästen. Unnötig zu erwähnen, daß Unruhen Folgen der Folter sind. Die Antifolterkonvention hat somit nur noch eine legitimierende Funktion und dient der Isolationsfolter als Alibi.

Die Situation für Gabi und Rolf in der BRD verschärft sich immer mehr. Die breite Unterstützung des Hungerstreiks konnte bisher noch keine Veränderung der „harten Haltung" des deutschen Staates erzwingen. Wir wollen mit dieser Aktion in die politische Situation in der BRD intervenieren, indem wir den Staat auf diese Weise unter Druck setzen und die Stille auf europäischem Niveau durchbrechen. Gerade hier, weil hier die Stelle ist, an der die Beschlüsse in bezug auf das Funktionieren der EG vorbereitet und teilweise auch durchgeführt werden. Wir greifen auf dieser Ebene die Offensive der Gefangenen auf, sind Teil der Offensive, und wir wissen, daß wir es mit allen zusammen schaffen werden.

Wir fordern: **1.** Für die Gefangenen aus RAF und Widerstand in der BRD: Zusammenlegung aller Gefangenen, die das wollen; Freilassung von Günter, Angelika, Claudia und Bernd; freie Information und Kommunikation; freie medizinische Versorgung. **2.** Für die gefangenen Frauen aus Berlin-Plötzensee: selbstbestimmte Zusammenlegung innerhalb offener Häuser; Öffnung sämtlicher 10er und 15er Einheiten

in allen Häusern zu Großgruppen; Aufhebung der Trennung und Spaltung von sozialen, politischen und BTM-Gefangenen; selbstbestimmte Arbeits- und Interessengruppen, Gemeinschaftsveranstaltungen und Kurse für alle Gefangenen einschließlich der Abschiebehäftlinge; Zugang zu allen Gemeinschaftshöfen; Abschafffung der Trennscheibe und Besuchsüberwachung, Abschaffung der Gegensprech-/Abhöranlagen in allen Zellen; Aufhebung der Post- und Bücherkontrolle und der Zensur, freie politische Information und Kommunikation; Entlassung aller haftunfähigen, psychisch und physisch Kranken und HIV-Infizierten; Abschaffung jeglicher Sonderhaftbedingungen, Isomaßnahmen und Kollektivstrafen, sofortige Schließung der Bunker; keine Urinkontrollprogramme und Gehirnwäsche für Vollzugslockerungen (Ausgang, Urlaub etc.); Abschaffung der Zwangsarbeit, Tariflöhne, gesetzliche Krankenversicherung, Krankengeld; sofortige ersatzlose Streichung sämtlicher SK-Kräfte, Sicherheit und Ordnung, Bereichsleitungen und Psychoagenten sowie aller Sozialarbeiter; sofortige Bildung einer Großgruppe für die politischen Gefangenen hier in Plötzensee; wir schließen uns den Forderungen der sich im bundesweiten Hungersteik befindenen kämpfenden Gefangenen an und unterstützen sie als die unseren. **3.** Für die anderen kämpfenden Gefangenen die Erfüllung ihrer Forderungen, u.a. Aufhebung der Isolation, freie Kommunikation. **4.** Für die Gefangenen aus AD in Frankreich: Zusammenlegung unter dem Status von politischen Gefangenen für alle militanten Gefangenen, die von verschiedenen „normalen" oder spezialen Gerichten verfolgt werden. Das bedeutet: Zusammenlegung von Militanten aus derselben Organisation in einem Gefängnis und ohne Unterschied aufgrund der Anklage, des Haftgrundes, des Geschlechtes etc.; tägliches Zusammenkommen während 8 Stunden, Gemeinschaftsräume, Öffnen der Zellentüren, freier Umschluß; keine Zensur, keine Einschränkung der Zulassung von Texten, Broschüren, Büchern, Stücken, Briefen, Zeitungen usw. in allen Sprachen; Recht auf normalen Postverkehr und alle Informationsmittel, also Aufhebung des Zurückhaltens und Verschwindenlassens usw. von Post; keine Einschränkung der Besuchserlaubnis; Zusammenlegung auch aller politisch nahen Gefangenen, Gruppen oder Organisationen, die das wollen, also eine Zusammenlegung, die aufgrund des freien Willens der jeweiligen Militanten zustande kommt; Schluß mit der Deportationspolitik, also Zusammenlegung in einem Gefängnis in dem ursprünglichen Departement oder Land für diejenigen, die das für sich fordern; kollektive Gespräche mit Anwälten; kollektive Gespräche mit Besuchern, wenn die Militanten dies für nötig erachten; sofortige Schließung der Hochsicherheitstrakte.

Wir grüßen von hier: die Gefangenen aus CCC und unterstützen genauso ihre Forderung nach Zusammenlegung; die Gefangenen aus Guadeloupe, die sich seit dem 22.4.89 in Frankreichs Knästen im Hungerstreik befinden und gegen die Isolationshaft kämpfen; die gefangenen KurdInnen in der BRD, die für ihre Zusammenlegung und die Möglichkeit einer gemeinsamen Prozeßvorbereitung im Hungerstreik sind; alle kämpfenden sozialen Gefangenen im Hungerstreik in den BRD-Knästen, insbesondere die Frauen in Berlin-Plötzensee; Mogens Nivaa, einen sozialen Gefangenen, der seit dem 17.2.89 in Dänemark gegen Isolationsfolter und Hochsicherheitszellen im Hungerstreik ist; die Gefangenen aus RAF und Widerstand im Hungerstreik in der BRD; die Gefangenen aus AD im Hungerstreik in Frankreich; und natürlich alle politischen und kämpfenden sozialen Gefangenen in Westeuropa und international in den imperialistischen Knästen.

Gegen die westeuropäische Formierung des Kapitals und seine faschistische Kontinuität! Gegen Staat und Kapital, der Kampf um Befreiung ist international! Aus der Verschiedenheit unserer Kämpfe gemeinsam Stärke entwickeln! Hafen bleibt! Hände weg von Baldersgade und Viborggade in Kopenhagen! No somos todos, faltan los presos!

Pressemitteilung. Wir haben heute das Generaldirektorat III der Europäischen Kommission in Brüssel besetzt. Das Generaldirektorat ist zuständig für die industrielle Zusammenarbeit in den Bereichen Autoindustrie, Textil, Medizin und Ernährung. Wir sind Menschen aus dem Widerstand aus der Schweiz, Dänemark, der BRD und den Niederlanden. Wir wollen mit dieser Aktion unsere Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen in der BRD und in Frankreich, die sich im Kampf um Zusammenlegung befinden, zum Ausdruck bringen. Wir fordern hier jetzt konkret: ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der General-Direktion III der Europäischen Kommission für industrielle Zusammenarbeit, einem Verantwortlichen aus dem Politischen Ausschuß des Europarates, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Bürgerrecht des Europa-Parlamentes. Wir laden hiermit alle Vertreter der internationalen Presse und Öffentlichkeit zu einer Pressekonferenz vor dem Gebäude des DG III ein, die ab sofort stattfindet. Wir bitten Vertreter der Regenbogenfraktion und aller anderen fortschrittlichen Parteien im Europäischen Parlament sowie die Vertreter von amnesty international, hier hinzukommen, um als Beobachter an den Verhandlungen teilzunehmen. Wir werden das besetzte Gebäude nicht eher verlassen, bis diese Forderungen erfüllt sind!

Brief der IRSP/INLA-Gefangenen in Long Kesh

Genossen, wir senden Euch unsere Grüße. Hier gibt es nicht sehr viel Öffentlichkeit für Euren Hungerstreik. Die Situation wurde uns von einem Mitglied unserer Partei erklärt, außerdem durch Erklärungen unserer Partei in einigen Medien. Die Entwicklung der Situation erregt natürlich unsere Betroffenheit in Irland. Wir in Long Kesh erkennen völlig die Bedeutung so einer Entwicklung und können das Leiden, die Härte und die Hoffnungen, die damit verbunden sind, nachvollziehen. Uns wurde gesagt, es sei Euer 10. Hungerstreik, und wir wurden über die unmenschlichen Bedingungen informiert, unter denen Ihr gefangen seid. Mit diesem Brief möchten wir unsere Solidarität mit allen revolutionären Gefangenen in Deutschland ausdrücken. Wir erklären, daß die republikanisch-sozialistischen Gefangenen in Long Kesh Euren Kampf unterstützen. Zusammen mit unserer Betroffenheit kommt unser Respekt. Wir hoffen, daß es zu einer schnellen und erfolgreichen Lösung kommt, und erwarten mit Spannung Neuigkeiten aus Eurem Land. Nachdem wir Eure Forderungen gelesen und uns damit auseinandergesetzt haben, können wir sagen, daß sie gerecht sind. Ihr wißt sicher Bescheid über die Hungerstreikkrise in Irland von März bis Oktober 1981. Unsere Erfahrungen sind vielleicht eine Hilfe für Euch. Wir erinnern uns, wie damals unser gefallener Genosse Patsy O'Hara den Gefangenen in Deutschland schrieb, die in einem ähnlichen Protest waren. Unser Mitgefühl und unsere Unterstützung ist heute so stark und ernsthaft wie damals. Wir stellten damals folgende fünf Forderungen auf: das Recht, eigene Kleidung zu tragen; Freistellung von aller Knastarbeit; Zusammenlegung mit anderen Gefangenen; das Recht, unsere eigenen Freizeit- und Bildungsprogramme zu organisieren; volle Wiedereinführung des verlorenen Strafnachlasses. Wie Eure Forderungen waren sie sowohl verständlich als auch gerecht. Leider mußte, vor allem wegen der britischen Unnachgiebigkeit, das höchste Opfer gebracht werden, und wir verloren 10 entschlossene Republikaner: Bobby Sands (IRA) am 8. Mai, Francis Hughes (IRA) am 12. Mai, Raymond McCreesh (IRA) am 21. Mai, Patsy O'Hara (INLA) am 21. Mai, Joe McDonnell (IRA) am 8. Juli, Martin Hurson(IRA) am 13. August, Kevin Lynch (INLA) am 1. August; Kieran Doharty (IRA) am 2. August; Thomas McElwee (IRA) am 8. August; Micky Devine (INLA) am 20. August.

Die eben beschriebenen Forderungen und Tote unterstreichen unser Verständnis für Eure Situation und geben Euch vielleicht eine Vorstellung davon, unter was für Bedingungen wir damals lebten und was wir erreichen wollten. Die meisten unserer Forderungen wurden erfüllt (nach und nach und „inoffiziell"). Der Kampf im Knast und die gleichzeitige politische Krise draußen war ein wichtiger Schritt in dem ganzen Kampf, der seit seinem Ausbruch 1968/69 andauert. Zur Zeit dieses Schreibens wissen wir wenig über die genaue Entwicklung in Eurem Land. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, Euch zu bitten, uns in Zukunft mehr Informationen zukommen zu lassen. Als Internationalisten sehen wir Euren Kampf auch als unseren Kampf. Obwohl wir geographisch gesehen voneinander entfernt sind, sind wir mit Euch. Um zum Ende zu kommen, betonen wir nochmal unsere Unterstützung für Euren Kampf, drücken die Hoffnung aus, daß sich die Situation zu Euren Gunsten entwickeln wird, und schließen in diese Worte eine klare Botschaft der Gemeinsamkeit ein. In Solidarität — Gefangene aus INLA und IRSP, H-Blocks, Long Kesh, Belfast.

Initiativen und Aktionen

Presseerklärung der Insassenvertretung der JVA Fuhlsbüttel, Hamburg

In Hamburg gibt es Isolationstrakte. Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, wie vor kurzem Senator Curilla auf eine Anfrage der GAL hin behauptete, in Hamburg gebe es keine Isolation von Gefangenen. Das war gelogen. In Wirklichkeit gibt es in Hamburg inzwischen — wie in allen Bundesländern — mehrere Isolations- und Hochsicherheitsstationen. Ob in der Station B2 im Untersuchungsge-

Staatliche Institutionen/Presse

Stuttgarter Zeitung, 10.5., **Interview mit dem baden-württembergischen Justizminister Eyrich:** ... (SZ) Weshalb haben die Minister, weshalb hat sich der Staat im Vorfeld des Hungerstreiks nicht vorher darüber beraten, wie er handeln soll? (Eyrich) Ich muß Ihnen schon sagen, ich habe keinen Anlaß, mir im Vorfeld eines Hungerstreiks Maßnahmen zu überlegen, die den Hungerstreik verhindern. Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn ich den Hungerstreik abwarte und hinterher nachgebe. Ich bin kein Verhandlungspartner der RAF-Häftlinge. Ich habe meinen Vollzug zu machen; und wenn ich den Vollzug mache, dann müssen die Leute sich halt damit zufriedengeben, daß es so und nicht anders sein kann. Ich kann doch nicht sagen, jetzt müssen wir aufpassen, sonst fangen die zuletzt noch einen Hungerstreik an. Es ist mir einmal der Vorwurf gemacht worden, und so steht es auch an den Häuserwänden, ich nähme Tote in Kauf. Ich mache es mir nicht leicht, glauben Sie mir, auch innerlich nicht. Und ich habe ein bißchen etwas gegen die Formulierung, der Staat werde erpreßt. Sondern ich sage, wenn Leute hergehen und dieses letzte Mittel anwenden, dann kann ich auch bei modernster Technik der Medizin am Ende nicht verhindern, daß zuletzt irgend jemand stirbt. Ich nehme das nicht in Kauf. Ich muß es hinnehmen, weil die Leute dies so wollen. (SZ) Wie lange glauben Sie diese Position durchhalten zu können, wenn es tatsächlich zu Toten kommen sollte? (Eyrich) Ich hoffe, daß die andere Seite Vernunft annehmen und es dazu nicht kommen wird. Natürlich wäre ich unehrlich, wenn ich sagen würde, daß ich mir darüber keine Gedanken gemacht hätte. Ich muß Ihnen ganz offen sagen, ich bin überzeugt, daß ich auch dann meine Haltung nicht aufgeben werde."

Süddeutsche Zeitung, 13.5.: ... (Der Hungerstreik) hat es freilich geschafft, die Politik zu spalten und zu kühnen Interpretationen des geltenden Strafvollzugsgesetzes zu veranlassen. Dies war ein Erfolg des Hungerstreiks. Seiner Forderung aber, der Zusammenlegung aller inhaftierten Terroristen, kam er damit keinen Schritt näher. Eine solche Forderung, das war nach diesen hundert Tagen völlig klar, hatte nicht die mindeste Aussicht. Der Abbruch des Hungerstreiks gibt der Politik die Zeit, die sie braucht, um eine Linie zu finden. Es wäre schwer erträglich, wenn der Strafvollzug in den SPD- und den CDU- beziehungsweise CSU-regierten Ländern auf Dauer verschiedene Wege ginge. Die Häftlinge sind „im Namen des Volkes" verurteilt worden. Ihre Strafe wird weder im Namen Walter Mompers noch im Namen Mathilde Berghofer-Weichners vollstreckt. Die Politik darf die Chance, die ihr der Abbruch des Hungerstreiks gibt, nicht verspielen ...

Die Welt, 16.5.: **Bohl: Hungerstreik-Abbruch ein Erfolg der CDU-Länder** Der Abbruch des RAF-Hungerstreiks ist nach Ansicht des Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion, Friedrich Bohl, ein „Erfolg der festen Haltung der CDU-regierten Länder" ... Bohl kritisierte die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Justizministers Rolf Krumsiek, er sei nunmehr bereit, bis zu sechs weibliche Gefangene zusammenzulegen und in den „normalen Strafvollzug" einzugliedern. „Das riecht doch nach Geschäft", rügt Bohl. Ob man während des Hungerstreiks oder kurz danach bereit sei, den Gefangenen in ihrer Forderung nach Zusammenlegung entgegenzukommen, sei nicht ausschlaggebend, dies ändere an der Beurteilung nichts, daß es einen Deal gegeben hätte. Das kann ich nicht gutheißen". Es sei nicht möglich, hier eine „Vereinbarung, ob stillschweigend, augenzwinkernd oder wie auch immer zu treffen", meinte der CDU-Politiker. Die CSU warnte vor „Verhandlungen in der Art von Gesprächen zwischen Tarifpartnern". In der Union herrsche die Sorge vor, eine Änderung der Haftbedingungen werde in der Öffentlichkeit auf den Erpressungsversuch der Häftlinge zurückgeführt werden. Deshalb sagte Bohl, „allein der Hungerstreik" könne nicht zu einer Änderung der Haftbedingungen führen. Voraussetzung dafür sei eine neue Lagebeurteilung, die nur durch das Verhalten der Häftlinge in den nächsten Wochen und Monaten beeinflußt werden könne ... „Wer hat denn die Esklation herbeigeführt? Doch nicht die Justiz, indem sie sich an Recht und Gesetz gehalten hat." Für die Zuspitzung seien die Hungerstreikenden selbst verantwortlich. Nun werde auch noch der Eindruck erweckt, mit der Abbruchentscheidung „hätten sie etwas Glorifizierendes getan, das zu Gegenleistungen verpflichtet". Davon könne aber „keineswegs die Rede sein", sagte der CDU-Politiker ... „Weder habe ich die Absicht, besonders dankbar zu sein, noch habe ich die Absicht, Schadenfreude zu haben, sondern: Der Hungerstreik ist beendet, und das nehme ich mit Genugtuung zur Kenntnis."

fängnis, ob im Hochsicherheitstrakt in Anstalt 1 oder auf den Stationen Dora 1 und Berta 1 in Sant Fu, überall werden in Hamburg angeblich renitente, gefährliche oder drogenabhängige Gefangene über Wochen, Monate oder sogar Jahre isoliert. Es versteht sich fast von selbst, daß diese Isotrakte auch alle über Trennscheibenzellen verfügen. Darüber hinaus gibt es in fast allen Hamburger Knästen sogenannte Beobachtungs- und Beruhigungszellen, in denen Gefangene nackt auf Pritschen geschnallt und von Videokameras beobachtet werden. Besonders schlimm ist die beschriebene Situation für die Gefangenen, die angeblich oder wirklich Probleme mit Drogen haben. Nicht nur daß sie kriminalisert und eingeknastet werden, für sie endet die Tortur regelmäßig im Trakt, dem Knast im Knast. Außer der Totalisolation hat ihnen die Behörde des Senators Curilla nichts anzubieten.

Aus unserer Sicht hat der Knast in dieser Gesellschaft die Funktion, abweichendes Verhalten und soziales Elend wegzusperren. Wer schließlich im Knast noch immer nicht zu Kreuze kriecht, dem wird mit dem Trakt und der Isolation gedroht. Wir fordern deswegen ganz klar: die Abschaffung aller Trakte und Isolationsstationen, die Abschaffung der Trennscheibenzellen und die Abschaffung aller menschenrechtsverletzenden Sonderhaftbedingungen, für die Gefangenen aus der RAF ebenso wie für alle anderen Inhaftierten. (taz Hamburg, 12.5.)

Lübeck. Kundgebung am 13.5. mit 50 Leuten aus sieben Städten.
Hamburg. Am 11.5. fand ein Autokorso zu den Hamburger Knästen Santa Fu und Untersuchungsgefängnis statt mit ca. 100 Autos, Kundgebung vor dem Knast Fu. Nachdem der Autokorso sich aufgelöst hatte, wurde während der Abfahrt der Lautsprecherwagen von Einsatzwagen der Polizei umzingelt, am Weiterfahren gehindert. Mit gezogenem Knüppel wurden die Türen aufgerissen und die Leute darin aufgefordert, auszusteigen. Von allen wurden die Personalien festgestellt und Photos gemacht. Zur Begründung hieß es, es gäbe eine Anzeige, daß jemand vom Lautsprecherwagen aus angegriffen worden sei.

Auf eine Daimler-Benz-Filiale wurde ein Brandanschlag versucht. In einem Bekennerschreiben dazu wurde die Aktion lt. taz vom 11.5. als ‚ein notwendiger Mosaikstein zur Unterstützung des Hungerstreiks' bezeichnet.

Am 16.5. fand vor dem belgischen Konsulat eine Kundgebung von ca. 40 Menschen statt für Zusammenlegung und Freilassung der sieben nach der EG-Büro-Besetzung in Brüssel noch Inhaftierten. Kurzzeitig wurde die Straße blockiert, Flugblätter verteilt und Ansprachen gehalten.
Hannover. Ca. 30 Leute besetzten am 10.5. das Büro des SPD-Landesverbandes. Sie verlangten vom niedersächsischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Schröder, sich für die Bildung einer großen Gruppe von Gefangenen einzusetzen, und „konkrete Aussagen zu den Haftbedingungen".
Bielefeld. 16.5. Kundgebung in der City für Zusammenlegung und sofortige Freilassung der sieben noch in Brüssel Inhaftierten.
Münster. In Münster haben sich Menschen überlegt, im Zusammenhang mit dem Europawahlkampf in der Stadt auflaufende Politiker immer wieder mit dem Hungerstreik und ihrer Verantwortung zu konfrontieren. Am 8.5. war Genscher auf dem Parteitag des Kreisverbandes der FDP in Münster, ca. 25 Leute waren da mit einem vorbereiteten Beitrag über seine Verantwortung seit den 70er Jahren in verschiedenen Funktionen als Regierungsverantwortlicher. Die Lautstärke der FDP-Mitglieder verhinderte, daß der Beitrag gehalten wurde, doch haben die Parolen zur Unterstützung des Hungerstreiks Genscher aus der Rolle gebracht. Nach ca. 30 Min. wurde die Aktion planmäßig beendet. Am 10.5. wollte der NRW-SPD-Fraktionsvorsitzende Farthmann eine lockere Talkshow mittags in der Stadt machen. 15 Menschen konfrontierten ihn mit dem Hungerstreik und bestimmten den Ablauf der Show. Auf den Zuruf, wenn es tote Gefangene gebe, sei er mitverantwortlich, sagte Farthmann, diese Verantwortung trage er.
Köln. Zahlreiche Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen unterzeichneten den Kölner Appell für Zusammenlegung

und Haftentlassung.

Lt. „Kölnische Rundschau“ und „Express“ vom 11.5. wurde in der Nacht zum 10.5. ein Brandanschlag auf eine Niederlassung von Philips verübt, wobei hoher Sachschaden entstand. Auf der Mauer des Gebäudes stand: ZL JETZT.

Stuttgart/Baden-Württemberg. Am Samstag, den 6. Mai, fand in Reutlingen in der „Zelle“ eine Veranstaltung mit ca. 100 Besuchern statt. Am 9. und 10. Mai von 14-17.00 wurde vor dem Justizministerium in Stuttgart eine Kundgebung mit Infotisch durchgeführt. Am 11. Mai Kundgebung der Tübinger Initiative für die Zusammenlegung vor dem Justizministerium in der Reihe der Kette, mit der die Angehörigen der politischen Gefangenen am 5. Mai 1989 angefangen haben.

Am 11. Mai haben etwa 10 Leute aus dem Stuttgarter Hungerstreikplenum gegen 16.00 die Stiftskirche in Stuttgart schräg gegenüber dem Justizministerium besetzt. Ziel war, die kirchliche Öffentlichkeit auf die Isolationsfolter der politischen Gefangenen hinzuweisen. In der Stiftskirche und vor dem Hauptportal hängten die Leute jeweils ein Transparent auf; vor der Kirche gab es einen Infotisch. Es war die Antwort auf die erneute Zuspitzung der Situation. Die Besetzer führten ein Gespräch mit dem Pfarrer der Stiftskirche und Dekan Dr. Klumpp, mit folgenden Ergebnissen: Dekan Klumpp vereinbart für den nächsten Tag ein Gespräch mit Justizminister Eyrich, an dem BesetzerInnen und Angehörige der politischen Gefangenen teilnehmen; Stiftspfarrer Eissler vermittelt ein Gespräch zwischen Landesbischof Sorg und den BesetzerInnen und Familienangehörigen; Dekan Klumpp lädt in der nächsten Woche Stuttgarter Pfarrer zu einem Treffen mit der Initiative für die Zusammenlegung ein. Darauf haben die Leute die Besetzung abgebrochen. Justizminister Eyrich hat telefonisch Dekan Klumpp mitgeteilt, daß es ein solches Gespräch mit ihm nicht geben werde. Es sei schon genug geredet worden. Er habe auch schon mit hohen Kirchenvertretern der Landeskirche gesprochen. Er warnte Dekan Klumpp, „diesen Gruppen und Initiativen“ kirchlicherseits eine neue Plattform „für ihren Kampf“ zu geben. Im übrigen gehe es hier nicht um eine seelsorgerische bzw. theologische Frage, sondern um eine politische. Am selben Tag, dem 12.5., haben Dekan Klumpp, ein weiterer Amtskollege, BesetzerInnen und Angehörige der politischen Gefangenen vor dem Justizministerium um 14.00 eine Pressekonferenz gegeben, um die Öffentlichkeit über diese Ergebnisse zu informieren. Gleichzeitig hat die Initiative eine Kundgebung mit Infostand vor dem Justizministerium gemacht.

Die Aktionen vor dem Justizministerium sollen fortgesetzt werden.

Westberlin. Am 9. und 14. Mai — an diesem Tag hatte Gabriele Rollnik Geburtstag — führten jeweils ca. 200 Leute eine Kundgebung vor dem Knastkrankenhaus Moabit durch. Am 15.5. fand eine Kundgebung vor der Plötze mit ebenfalls ca. 200 Leute statt. Über Pfingsten fand jeden Abend in der Innenstadt Trommeln für die Zusammenlegung statt.

Angriffe auf die Solidarität

München. Auf Initiative der CSU forderte die Mehrheit des Münchener Stadtrates die GRÜNEN auf, das in ihren Räumen befindliche Hungerstreikbüro zu schließen, und beauftragte den Oberbürgermeister, „unverzüglich die Schließung des RAF-Hungerstreik-Infobüros durchzusetzen“. CSU-Fraktionschef Walter Zoller sprach von einem „rechtswidrigen Zustand“, der keinen Tag länger mehr geduldet werden dürfe. Da die GRÜNEN sich weigern, holt sich OB Kronawitter rechtliche Unterstützung von seinen Juristen, um dann streng formal abgesichert die GRÜNEN unmißverständlich zur Schließung des „Büros“ im Rathaus aufzufordern. (SZ, 11.5.)

Forchheim/Nürnberg/Höchstadt. Information des HS-Infobüros Nürnberg vom 27.4.: „Heute vormittag gab es drei Hausdurchsuchungen wegen der Aktion gegen die Geschäftsstlle der CSU in Forchheim (Scheibenbruch, Buttersäure, 40000 DM Sachschaden) für die Zusammenlegung. Das Ermittlungsverfahren und der Durchsuchungsbeschluß laufen wegen Sachbeschädigung. Auf dem Durchsuchungsbeschluß standen vier Adressen, ob und wo die vierte Durchsuchung stattgefunden hat, wissen wir im Moment nicht. Gesucht haben sie nach Spraydosen und Buttersäure, bei zwei Wohnungen wurden außerdem Papiere etc. und zum Teil auch Klamotten, persönliche Briefe und Bilder durchwühlt. Mitgenommen haben sie nur uralte Spraydosen bei einem.“

Ankündigungen

Lingen. Hungerstreikplenum, donnerstags, 20.15, Jugendzentrum Lingen

Frankfurt. 20.05., 12.00, Städtetreffen im Frankfurter Hungerstreik-Büro. Einschätzung der jetzigen Situation und Überlegungen zur internationalen Kundgebung in Genf.

Norden. 22.05., 20.00, Veranstaltung, Forum des Weiterbildungszentrums

Hannover. 31.05., 20.00, Veranstaltung zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen, Kulturtreff Roderbruch, Nobelring 3a

In eigener Sache

Wir Angehörigen halten es natürlich für wichtig, daß das Info auch nach Abbruch des Hungerstreiks weiterhin erscheint, voraussichtlich aber nur 14täglich. Bei unserem nächsten Treffen werden wir darüber sprechen, wie das Info inhaltlich bestimmt werden soll. Genaueres werden wir im nächsten Info berichten.

Unterstützung für das Hungerstreik-Info

Unterstützung für die Herausgabe des Hungerstreik-Infos: Jobber- und Erwerbsloseninitiative Hamburg, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg; Vereinigte Sozialistische Partei (VSP); Sozialistische Zeitung.

Eine Erklärung „Wir unterstützen die Herausgabe des ‚Hungerstreik Infos‘, herausgegeben von den ‚Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD‘, und protestieren gegen Beschlagnahmungen derselben sowie gegen das Ermittlungsverfahren gegen Chr. Schneider“ wurde unterschrieben von: Burkhard Machelett, ev. Pastor; Karl-Heinz Bartsch, Pfr.; Horst Hoffmann, Lehrer; Heinz Lettmann, Lehrer; Hartmut Böing, Lehrer; Heinz Boos, Lehrer; Werner Petermann, Lehrer; E. Martin, Lehrer; Wolfgang Hassel, Lehrer; Ruth Plate, Lehrerin; Ursula Dahm, Lehrerin; Ludwig Jakobs, Lehrer; Peter Lenski, Lehrer; I. Schellewald, DV-Organisatorin (alle Gelsenkirchen); Norbert Schulz, Lehrer (Haltern); Klaus Wienert, Lehrer; Dieter Engelmann, Lehrer (alle Dorsten); Bernd Starke, Lehrer (Essen); Roberto Coniglio, Student (Duisburg); Marcus Buschhaus, ZDL; Martin Bockmühl, Werkzeugmacher; Joachim Morhenne, Ing.; Bettina Meier, Studentin (alle Wuppertal); eine Unterschrift unleserlich.

Weitere Unterstützungsunterschriften:Jens Klede, Westberlin

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint wöchentlich im GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Ein Halbjahresabonnement kostet 20,- DM. Eventuelle Überschüsse werden auf das Spendenkonto der Angehörigen überwiesen. Lieferung nur gegen sofortige Bezahlung oder Einzugsermächtigung möglich. Überweisung bitte auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln.